



1. Februar 2019

AUSGABE 1/2019

*Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,*

zunächst wünsche ich euch noch ein gutes neues Jahr, bleibt vor allem gesund!

Bei mir fing das neue Jahr rasant an, denn bereits die zweite Januarwoche war gefüllt mit Klausurtagungen. Mal abgesehen von der Freude, fast alle politischen Akteure wiederzusehen, halfen sie auch, sich wieder auf die Vorhaben in diesem Jahr zu konzentrieren. Das sind eine ganze Menge: Wir wollen eine Solidarrente einführen, die sachgrundlose Befristung eindämmen, eine Mindestausbildungvergütung durchsetzen, den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Grundschulen verankern und, und, und.

Wie sagt der Ostfrieser dazu: Na, denn man tau!

Kinderarmut bekämpfen

Mit Einführung des Familienentlastungsgesetzes haben wir versprochen, weitere Maßnahmen für Kinder auf den Weg zu bringen. Diese kommen nun mit dem Starke-Familien-Gesetz: Für Familien, die wenig Geld zur Verfügung haben, wird der Kinderzuschlag nach und nach erhöht. Er steigt ab dem 1. Juli 2019 auf maximal 185 Euro. Zudem wird er einfacher zu beantragen sein und wir sorgen dafür, dass mehr Familien den Zuschlag erhalten.

Außerdem entlasten wir diese Familien bei Schul- und Kitakosten. So wird der Zuschuss für Schulmaterial erhöht – ab dem kommenden Schuljahr bekommen Eltern 150 Euro anstatt 100 Euro. Die Kostenübernahme für Nachhilfe kann nun schon beantragt werden, wenn die Noten schlechter werden. Bislang war das erst möglich, als die Versetzung bereits gefährdet war. Der Eigenanteil der Eltern für Mittagessen in Schule, Kita oder Kindertagespflege sowie für Schülerfahrkarten des öffentlichen Nahverkehrs wird abgeschafft. Das Gute daran: Die Kinder können so auch in ihrer Freizeit kostenlos Bus und Bahn nutzen. Die Effekte des neuen Gesetzes können sich sehen lassen: Knapp 1,2 Millionen Kinder mehr als bislang erhalten bessere und höhere Leistungen.

Faire Mindestausbildungsvergütung für alle Azubis

Schon lange fordern wir eine Mindestausbildungsvergütung, die möglichst vielen Azubis zugutekommt. Junge Menschen sollen in der Ausbildung mehr als bisher verdienen. Vor diesem Hintergrund sind die von der CDU-Bildungsministerin ins Gespräch gebrachten 504 Euro völlig unzureichend! Denn der Vorschlag orientiert sich am Schüler-Bafög, worauf im Gegensatz zur Ausbildungsvergütung aber keine Steuern und Sozialabgaben anfallen. Die Konsequenz: Bei 504 Euro Ausbildungsvergütung hätte ein Azubi am Ende des Tages ca. 100 Euro weniger in der Tasche als ein Schüler. Das kann nicht der richtige Weg sein!

Für mich ist klar, dass wir einen höheren Betrag benötigen. Eine gute Lösung ist das DGB-Modell, das sich am Tarifdurchschnitt orientiert und jährlich angepasst wird. Zurzeit sähe dies eine Vergütung von 635 Euro pro Monat im ersten Ausbildungsjahr vor. Davon könnten sofort 160.000 Azubis profitieren.

Kohleausstieg bis spätestens 2038

Beim Thema Kohleausstieg müssen Klimaschutz, Interessen der Arbeitnehmer sowie der Verbraucher zusammengedacht werden. Genau nach diesem Grundsatz erarbeitete die von uns eingesetzte „Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ in einem demokratischen Prozess einen Plan. Zentrales Ergebnis: Spätestens 2038 soll der Ausstieg aus der Kohle abgeschlossen sein.

Um Strukturbrüche zu vermeiden, investieren wir 40 Milliarden Euro in die am stärksten betroffenen Regionen. Eine Sicherheitszulage schützt Arbeitnehmer, deren Jobs sich ändern oder wegfallen. Sie sieht tarifliche Vereinbarungen, etwa für Weiterbildungen oder als Ausgleich von Lohneinbußen, vor. Für Verbraucher ist wichtig, dass private Haushalte von steigenden Strompreisen entlastet werden.

Grundsätzlich bin ich mit den Vorschlägen sehr zufrieden. Wir haben etwas geschafft, was unter Schwarz-Gelb nie möglich gewesen wäre. Jetzt geht die Arbeit aber erst richtig los: Bis Ende dieses Jahres erarbeiten wir aus den Vorschlägen konkrete Gesetze.

Unkontrollierten Brexit verhindern

Vor knapp drei Jahren haben die Briten mehrheitlich entschieden, die EU zu verlassen. Das ausgehandelte Austrittsabkommen mit der EU hat das britische Parlament jetzt abgelehnt und Nachverhandlungen gefordert. Ich halte es für richtig, dass die EU diese Forderungen abgelehnt hat, denn sie ist den Briten bei den Verhandlungen bereits sehr weit entgegengekommen.

Möglich wäre aber ein Aufschub des für den 29. März geplanten Austritts. Sonst verlässt das Land schlagartig an diesem Datum die EU. Das hätte weitreichende Folgen für Großbritannien selber, aber auch für Deutschland. Da Großbritannien für Deutschland ein wichtiger Handelspartner ist, würde das Wirtschaftswachstum beider Länder durch den Brexit sinken. Das prognostizieren aktuelle Studien. Allerdings wäre Großbritanniens Wirtschaft deutlich stärker betroffen als die deutsche.

Dazu würde Großbritannien aus dem europäischen Luftverkehrsraum ausscheiden. In dem Fall dürften britische Airlines nur noch Flüge von Großbritannien in die EU und zurück anbieten, aber keine

Flüge von einem EU-Land in ein anderes. Flüge mit Easyjet von Berlin nach Mallorca wären beispielsweise nicht mehr möglich. Ich hoffe jetzt, dass es zu einem Aufschub der Frist kommt und sich das Land in dieser Zeit über das weitere Vorgehen einigt. Von der deutschen Politik und Wirtschaft wurde Großbritannien bereits öffentlich aufgefordert, in der EU zu bleiben. Dafür bestünde beispielsweise die Möglichkeit, ein zweites Referendum abzuhalten.

Insgesamt zeigt sich am Beispiel des Brexits eines ganz deutlich: Populisten schüren Ängste, erklären den Menschen aber nicht die langfristigen Folgen ihrer Politik. Der Verantwortung stellen sie sich anschließend auch nicht.

100 Jahre Frauenwahlrecht

Am 19. Januar jährte sich eine der bedeutendsten Errungenschaften der SPD zum 100. Mal: die Einführung des Frauenwahlrechts. Damals hielt die Genossin Marie Juchacz als erste Frau eine Rede im deutschen Parlament. Wir sind als SPD stolz darauf, was unsere Parteigenossinnen und -genossen damals erreicht haben!

In den Parlamenten sind aber leider noch immer zu wenig Frauen: Im Bundestag ist der Frauenanteil mit knapp 30 Prozent sogar so niedrig wie seit 20 Jahren nicht mehr. Wir als SPD-Bundestagsfraktion fordern eine Wahlrechtsreform und ein Paritätsgesetz, um sowohl den Bundestag zu verkleinern als auch ein ausgeglichenes Verhältnis von weiblichen und männlichen Abgeordneten zu erreichen.

Solidarität mit Real-Beschäftigten

Als Sozialdemokraten kritisieren wir natürlich, wenn Unternehmen versuchen, auf Kosten der Arbeitnehmer Geld zu sparen. Aktuellstes Beispiel ist Real mit der Entscheidung, den Verdi-Tarifvertrag zu verlassen. Die Konsequenz: Neue Mitarbeiter bekommen deutlich weniger Geld und müssen zugleich mehr Arbeitsstunden ableisten. Ich habe mich in den vergangenen Wochen sowohl mit Betriebsräten als auch mit Arbeitgebervertretern von Real getroffen, um die Situation zu besprechen.

Wir stehen für gute und faire Tarifverträge. Dazu haben wir in der Landesgruppe NRW einen Beschluss gefasst, der unsere Richtung bei diesem Thema vorgibt: Möglichkeiten der Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen verbessern, Einführung eines Bundestariftreuegesetzes, Prüfung, inwiefern tarifgebundene Unternehmen steuerlich besser gestellt werden können.

Kompromiss zum Paragraphen 219a

Aufgrund des § 219a im Strafgesetzbuch „Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft“ müssen Ärzte aktuell strafrechtliche Konsequenzen befürchten, wenn sie sachlich über Schwangerschaftsabbrüche informieren. Das führt dazu, dass es Frauen erschwert wird, an Informationen zu kommen, sofern sie noch nicht persönlich Kontakt zu einem Arzt aufnehmen möchten.

Meiner Ansicht nach gehört so ein Tatbestand überhaupt nicht ins Strafgesetzbuch, denn es geht um Informationen, nicht um Werbung.

Auf einem Parteitag im Jahr 2018 haben wir beschlossen, gesetzliche Änderungen zu schaffen, damit straffrei über Schwangerschaftsabbrüche informiert werden kann. Die CDU/CSU hätte den Paragraphen hingegen am liebsten unverändert belassen. Unsere Ministerinnen haben nun einen Kompromiss erarbeitet: Durch einen Zusatz im Paragraphen ist es Ärzten und Kliniken künftig explizit erlaubt, darauf hinzuweisen, dass sie Abtreibungen durchführen. Zudem soll die Bundesärztekammer eine zentrale Liste mit Ärzten und Krankenhäusern, die Abbrüche vornehmen, zur Verfügung stellen – unter Angabe der angewandten Methode.

Über die Reform des Paragraphen hinaus haben meine Kolleginnen und Kollegen erreicht, dass die Pille ab sofort bis zum 23. Geburtstag von den Krankenkassen bezahlt wird – zwei Jahre länger als bisher. Außerdem soll zur Verbesserung der ärztlichen Versorgungslage die Qualifizierung von Ärzten fortentwickelt werden. Jetzt geht der Kompromiss am Mittwoch erst einmal ins Kabinett und danach in das parlamentarische Beratungsverfahren.

Zahl der Organspenden erhöhen

In meiner letzten Info-Post hatte ich darüber berichtet, dass die Zahl der Organspenden in Deutschland seit Jahren zurückgeht. Ein Ansatz, dies zu ändern, ist mehr Menschen als Spender zu gewinnen. Deswegen diskutieren wir aktuell über eine Widerspruchslösung. Diese sähe vor, dass jeder automatisch Organspender ist, wenn er nicht aktiv widerspricht.

Ein weiterer Ansatz aber muss sein, die Strukturen in den Krankenhäusern zu verbessern. Denn mögliche Organspender werden immer seltener erkannt und gemeldet – weil Zeit und Geld fehlen. Daher verbessern wir das Transplantationsgesetz. Es sieht eine bessere Vergütung für die Organentnahme vor und stellt sicher, dass der Transplantationsbeauftragte des Krankenhauses für seine Aufgaben freigestellt wird. Da Organspende für alle Beteiligten ein sensibles Thema ist, wird eine Angehörigenbetreuung geschaffen, die insbesondere für den Austausch von anonymisierten Briefen zwischen Empfängern und den nächsten Angehörigen des Spenders zuständig ist. Durch klarere Regelungen wird die Anonymität stärker geschützt.

Ihr seht, wir stecken all unsere Kraft in Gesetze, die das Leben der Menschen verbessern sollen. Leider bekommen wir die Dinge nicht so vermittelt, dass sie überhaupt bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen, geschweige denn zur Wahlentscheidung führen. Deshalb muss sich jeder fragen: Was kann ich dafür tun, um dies zu verbessern? Ich habe einen DIN-A5-Flyer über das Erreichte und Geplante drucken lassen, den ich bereits mit einigen Ortsvereinen zusammen verteilt habe. Falls hier noch Bedarf besteht, könnt ihr sie bei Elvedin (Tel. 286 786 18) anfordern.

Zudem habe ich im Ost- und Nord-Anzeiger eine ganzseitige Anzeige mit unseren wichtigsten Erfolgen geschaltet, die in der Samstagsausgabe erscheint. Auch die Fraktion hat eine ausführliche Broschüre herausgebracht, von denen es noch einige gibt. Falls euch noch weitere gute Aktionen einfallen, meldet euch gerne.

Liebe Grüße

Eure
